

Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 4 (1963)

Heft: 11

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wirtschaft

UdSSR

«Kapitalistische» Bank

In der Sowjetunion wurde eine Aussenhandelsbank gegründet, die nach dem veröpnten kapitalistischen Vorbild einer Aktiengesellschaft aufgebaut ist. Nach der kommunistischen Doktrin wird die Aktiengesellschaft allgemein als «Herrschaftsform des Monopolkapitalismus» bezeichnet (vgl. Kozlow und Perwuchin: Oekonomisches Wörterbuch, Moskau 1958). Laut Statut fördert sie die Entwicklung der Handelsbeziehungen mit dem Ausland sowie den mit dem Export und Import verbundenen Binnenhandel. Die Bank garantiert das Geheimnis für alle Operationen, Verrechnungen und Einlagen ihrer Kunden und ihrer Korrespondenten im Ausland. Das Aktienkapital der Bank beläuft sich auf 300 Millionen Rubel und ist in 6000 Aktien zu 50 000 Rubel gestückelt. Diese Namensaktien befinden sich im Besitz verschiedener sowjetischer Organisationen, Institutionen und Genossenschaften, die regelrechte Dividenden (Abs. 9) ausbezahlt erhalten. Die Bank tätigt alle üblichen Bankgeschäfte in jeder Währung und angeblich für jede Rechnung. Selbst Ex- und Import-Anleihen stehen auf ihrem Geschäftsprogramm.

In erster Linie dient diese «kapitalistische» Bank dem Aussenhandel mit den «kapitalistischen» Ländern. Die juristische Form der Aktiengesellschaft soll es ihr ermöglichen, sich einfacher in die westlichen Kapital-Transaktionen einzuschalten, und den Anschein erwecken, in der UdSSR gehe auf wirtschaftlichem Gebiet eine gewisse «Liberalisierung» und «Verbürgerlichung» vor sich.

Die Ausschüttung von Dividenden steht im krassen Widerspruch zur kommunistischen Theorie, die eine derartige Praxis als «typischen Fall der Gewinnerzielung ohne persönliche Arbeit in der kapitalistischen Wirtschaft» verurteilt. Ferner ist es bezeichnend, dass eine sowjetische Bank die Wahrung jenes Bankgeheimnisses in ihren Statuten ausdrücklich verankert hat, das in sowjetischen Publikationen wiederholt kritisiert und unter anderem auch der Schweiz des öfteren vorgeworfen wurde. Allerdings wird man in Anbetracht der unbeschränkten Diktatur der Partei die Wahrung des Bankgeheimnisses bei der sowjetischen Aussenhandelsbank kaum ernstnehmen können.

RGW

Polen

Misstrauen

Die Spezialisierung der Produktion in den Ländern des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe stösst in den einzelnen Ländern bei ihrer Durchführung auf grosse, oft unüberwindliche Schwierigkeiten. Einer der wichtigsten Gründe der Ablehnung ist die Einstellung der mittleren Wirtschaftsführer, die befürchten, dass sich die Umstellung für ihr Land nachteilig auswirken könnte. Ferner wird der ganzen Spezialisierungspolitik vorgeworfen, man hätte bis jetzt nur allgemeine aber keine konkreten Pläne ausgearbeitet.

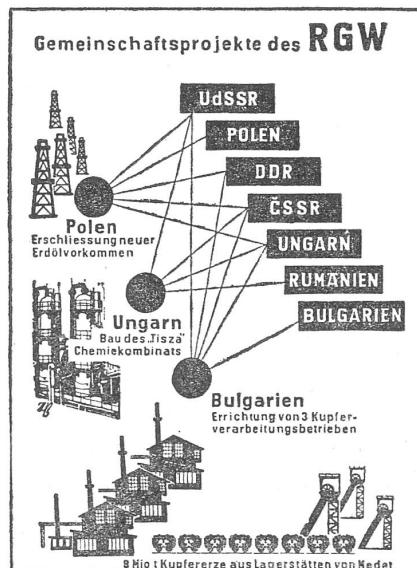
Die polnische Zeitung «Zycie Warszawy» veröffentlichte zu dieser Frage kürzlich

einen sehr aufschlussreichen Bericht, worin sie offen zugibt, dass es in Polen noch keine «eigene Konzeption» über die Rolle des Landes in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der RGW-Staaten gibt. Man wisse nicht einmal «in welcher Produktion wir uns spezialisieren sollen und warum in diesem und nicht in einem anderen Industriezweig». Auch darüber bestehen noch keine klaren Kenntnisse, welche Opfer diese Spezialisierung bedeuten und welchen Nutzen man daraus ziehen könnte.

Der Grund dieser Befürchtungen geht — laut diesem Bericht — auf die Tatsache zurück, dass vorläufig nur die «Funktioniäre der höchsten Ebene», welche die Rahmenabkommen abschliessen, mit den Perspektiven der polnischen Wirtschaft im klaren sind. Dagegen haben jene mittleren Wirtschaftsleiter, die diesen Rahmen ausfüllen sollten, eine gewisse Angst vor der Zusammenarbeit, die oft auf technische Ambitionen, aber auch auf nationalistische Tendenzen zurückzuführen sei.

Am schlimmsten steht die Spezialisierung in der Maschinenindustrie, wo man diesbezüglich »überhaupt noch keine Konzeption« hat. Man wisse nur, dass in den Jahren 1960—1980 der Anteil des Rohmaterials an der Industrieproduktion von 5,8 Prozent auf 1,7 Prozent vermindert und jener der elektrotechnischen Industrie von 17,4 Prozent auf 26,5 Prozent erhöht werden soll, aber was diese Produktionserweiterung umfassen soll, darüber ist sich niemand im klaren. Dasselbe kann auch bezüglich der chemischen und anderer Industriezweige gesagt werden.

Aus diesen Tatsachen zieht die polnische Zeitung folgende Schlüsse: Einmal müsste die Stellung Polens in der Arbeitsteilung des RGW klar umrissen werden, zum anderen sollte die mittlere Wirtschaftsführung schleunigst von der Notwendigkeit der Produktions-Spezialisierung im RGW-Raum überzeugt werden.



So sieht der Plan der Arbeitsteilung und der «sozialistischen Hilfe» aus. Die Wirklichkeit ist meistens anders, wie es der obige Bericht unter anderen bestätigt.

Dialektik der Woche

Am 24. Februar «wählte» Ungarn, am 3. März (und noch am 17. März) die UdSSR. Parlaments- und Ratswahlen wurden gemeinsam abgehalten. In Ungarn kritisierten mehrere Wähler, dass man nicht «wählen», sondern nur «stimmen» kann; denn wählen kann man nur, wenn es wenigstens zwei Kandidaten gibt. In der Sowjetunion hörte man solche Stimmen zum letzten Male 1956, deshalb nahm die Presse der UdSSR keinen Bezug auf das Mehrparteiensystem. In Ungarn, wo die Tradition der Freiheit noch viel stärker ist, mussten sowohl Presse als auch Parteiführer die Schädlichkeit von mehreren Kandidaten unter Beweis stellen. Kadar argumentierte folgendermassen: «Das Wesentliche an den Wahlen sowie auch an unserem Regime ist nicht die Frage, ob wir eine Partei oder mehrere Parteien haben, ob eine Partei oder mehrere Parteien bei den Wahlen auftreten, sondern die Frage, ob wir eine kapitalistische Diktatur haben oder eine Arbeitermacht...» («Magyar nemzet», 30. 1. 1963.)

Kadar erklärte weiter: Es wäre auch in Ungarn möglich, mehrere Parteien zu haben, wie in Polen, in der CSSR, in Bulgarien oder in der SBZ, wenn sich diese der kommunistischen Führung unterstellen. Die Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei habe 1956, nach der Niederwerfung der Konterrevolution, einige andere Parteien dulden wollen, diese hätten sich aber geweigert, der Führung der Kommunisten zu folgen und sich der sozialistischen Staats- und Wirtschaftsordnung anzupassen. Wegen «der Dummheit unserer Gegner», sagte Kadar, «haben wir uns entschlossen, das Einparteiensystem beizubehalten» (s. o.)

Die Dialektik operiert vor dem Volk folgendermassen, um die «geschichtliche Notwendigkeit» der Ablehnung des Mehrparteiensystems zu begründen: Ein Mehrparteiensystem ist überall dort notwendig, wo es mehrere «antagonistische (einander entgegengesetzte) Parteien gibt; denn die Partei steht für die Interessen einer gesellschaftlichen Klasse. Unter «sozialistischen» Verhältnissen muss aber auf das Mehrparteiensystem verzichtet werden, weil die beiden Gesellschaftsklassen Arbeiter und Bauern die gleichen Interessen haben und die Bauern sich freiwillig der Führung der Arbeiterklasse unterwerfen.

Die letzte sowjetische Reorganisation der Partei und der ganzen Staatsverwaltung nach dem Produktionsprinzip scheint aber dieser Behauptung einigermassen zu widersprechen. Das Einparteiensystem wurde schon eingeführt (UdSSR: 1918, Volksdemokratie: 1948/1949), als es noch «antagonistische» Klassen und einen scharfen «Klassenkampf» gab (UdSSR: in den Städten bis etwa 1928, auf dem Land bis 1933; Volksdemokratie: in den Städten bis 1952, auf dem Lande bis 1959).

Die kommunistischen Führer fürchten das Mehrparteiensystem und freie Wahlen, da sie genau wissen, dass sie dabei nur verlieren.

(Fortsetzung von Seite 1)

Was, wenn wir uns in der Schweiz vornehmlich auf die Vertiefung der Demokratie, auf den Ausbau der Rechtsstaatlichkeit, auf die bestmögliche Sicherung der Gerechtigkeit beschränkt hätten? Gezettet sogar, es wäre uns gelungen, das Ideal einer Demokratie zu verwirklichen und die soziale Frage vollends zu lösen: Glaubt einer allen Ernstes, dies hätte Hitler vom Ueberfall auf eine wehrlose Schweiz abhalten können? Dänemark hatte in der Zwischenkriegszeit diesen Weg gewählt; er hat sich als nicht gangbar erwiesen.

So zeigt es sich denn, dass beide Seiten zum gleichen Kampf für Freiheit und Gerechtigkeit gehören. Wer tatsächlich dafür eintritt, ist ja *notwendigerweise* ein Gegner der Diktatur, weil sie weniger Freiheit und Gerechtigkeit verwirklicht. Wer andererseits konsequent gegen die Diktatur eintritt, muss sich auch für den Glauben, für die Demokratie und für die bessere Lösung der sozialen Frage einsetzen. Diese beiden Seiten gehören zusammen wie die Finger zur Handwurzel, und es wäre gefährlich, sie zu trennen.

In der praktischen Arbeit ist eine Spezialisierung unumgänglich. Kein Mensch und keine Institution kann den umfassenden Kampf für die Demokratie und gegen die Diktatur allein führen. Nur die Arbeitsteilung ist ein möglicher Ausweg. Aber diese Arbeitsteilung ist wiederum nur so lange sinnvoll, als sich die einzelnen Finger bewusst bleiben, dass sie zur gleichen Hand gehören. Steuermann und Matrose tragen auf ihre eigene Weise gleichviel zum Gelingen der guten Fahrt bei.

Da aber beide Seiten, begrenzt durch die Arbeitsteilung, doch eines sind, hat sich das Schweizerische Ost-Institut — nur um einige Beispiele zu nennen — eingesetzt für die ungarischen Flüchtlinge, zusammen mit dem LFSA für Berliner Ferienkinder, für die Vertiefung des staatsbürgerlichen Unterrichts, für die vermehrte Entwicklungsförderung, für die Verbesserung der Stimmteilnahme, für die nachhaltende Förderung der wissenschaftlichen Forschung.

Pünktchen Sagen.



Ein beliebtes Thema der östlichen selbstkritischen Karikatur: Der Karriere-Funktionär, dem seine Position zu Kopf gestiegen ist. («Eulenspiegel», Ostberlin.)

Wirtschaft

Jugoslawien

Siebenjahresplan

Wie der Direktor des Amtes für Wirtschaftsplanung, Nikola Mincev, bekanntgegeben hat, bereitet Jugoslawien für die Jahre 1964 bis 1970 einen Siebenjahresplan vor. Er soll bis März oder April 1964 fertiggestellt sein und zu diesem Zeitpunkt veröffentlicht werden.

Mit diesem ersten Siebenjahresplan schaltet sich nun auch Jugoslawien in das System der langfristigen Planungen der Mitgliedsländer des RGW (= Rat für Gegen seitige Wirtschaftshilfe = Comecon) ein. Das Jahr 1970 ist in dieser Hinsicht ein wichtiges Datum, denn — wenn nichts dazwischenkommt (was allerdings fraglich ist) — enden zu diesem Zeitpunkt auch der tschechoslowakische Siebenjahresplan und die kommenden Fünfjahrespläne der übrigen RGW-Mitgliedsstaaten. Dies soll vermutlich Jugoslawien ermöglichen, den darauffolgenden langfristigen Plan (ab 1970) mit den übrigen Ostblock Staaten zu synchronisieren und die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem RGW auf eine breitere Basis zu stellen.

Diese Annäherung Jugoslawiens an den Ostblock auf wirtschaftlichem Gebiet findet ihre Parallelen auf politischem Gebiet. Bekanntlich hat die Regierung in Belgrad beschlossen, die bisherige Landesflagge (die Trikolore) umzuwandeln in eine rote Fahne (nach sowjetischem Muster) mit dem jugoslawischen Staatswappen, um das «sozialistische System» des Landes auch in der Fahne zum Ausdruck zu bringen.

Literatur

Sowjetunion

Atheistische Dichtung

Während der Chefredaktor der sowjetischen Regierungszeitung «Iswestija» und Schwiegersohn Chruschtschows, Adschubej, im Vatikan den Apostolischen Segen des Papstes erhielt, und während Chruschtschew selbst sich offenbar auf die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zum Heiligen Stuhl vorbereitet, künden die sowjetischen Zeitungen, allen voran das ideologische Parteiblatt «Kommunist», eine neue Periode des militanten Atheismus in der Sowjetunion an. In der letzten Ausgabe des «Kommunist» entwickelt ein gewisser V. Bukin neue Aspekte des propagandistischen Kampfes gegen die Religion. Seiner Meinung nach müssten die Gläubigen in die gesellschaftliche und politische Arbeit eingeschaltet werden, da diese Freizeitbeschäftigung sie angeblich dem wirklichen Leben der Gesellschaft näherbringe und es ihnen erleichtere, «die Fehler der religiösen Anschauungen einzusehen».

Bukin fordert (natürlich im Auftrag der Partei), die sowjetische Belletristik müsste sich in stärkerem Masse mit atheistischen Themen befassen. Für die Partei verheissungsvolle Anfänge sind zweifellos schon vorhanden. Schriftsteller wie Asanow, Baruzdin, Belajew, Jewdokimow, L'wow, Pomerancew und Tendrjakov stehen auf dem Sektor Literatur an vorderster Front der antireligiösen Propa-

gandakampagne. In ihren Büchern und Aufsätzen werden Priester, Rabbiner und Vorsitzende von Sekten-Gemeinden als rückfällige Delinquenten, Säufer, Betrüger oder als Vaterlandsverräter bezeichnet, die früher mit den Faschisten sympathisiert hätten und nun bestrebt seien, sich der gerichtlichen Verantwortung zu entziehen. Der Schriftsteller Asanow zum Beispiel sieht sich meist in der «Rolle des atheistischen Detektivs», in welcher Eigenschaft er mit Vorliebe «religiöse Verbrechen» aufklärt.

Nach den Wünschen der Partei sollen auch Film, Theater und Bildende Künste einen grösseren Raum im Kampf um die «Verdrängung religiöser Gefühle» erhalten.



Ei, ei, wer kommt denn da?

Ein schlagendes Beispiel militärt antireligiöser Poesie entnehmen wir der von der «Prawda» herausgegebenen deutschsprachigen Zeitschrift «Neues Leben». In ihrer Ausgabe Nr. 7 vom 14. Februar 1963 veröffentlichte «Neues Leben» ein Gedicht von Eduard Astramskas, das den Titel trägt: «Im Schatten der Altäre».

Was singt, was jammert leise
ein Mund im dunklen Raum?
Verschwommen ist die Weise,
das Wort begreift man kaum.

Im Schatten der Altäre
wirkt unheimlich das Lied,
das hingesummt ins Leere
gespenstisch mich umflieht.

Ein Greis? Ein Frauenzimmer?
Wer wischt den Kirchenstaub
und fleht im Kerzenschimmer
zu Gott, der stumm und taub?

Die Lippe zuckt, die bleiche,
vom Fasten arg entstellt,
sie klagt dem Himmelsreiche
das Treiben unserer Welt.

Ein Tor spricht hier von Wunden,
die ihm das Leben schlug,
vertraut seit frühen Stunden
sein Innerstes dem Spuk.

Im düsteren Gebäude,
wo rings nur Kälte weht,
entflieht er jeder Freude
und murmelt sein Gebet.

Er presst in seinen Händen
des Rosenkranzes Schnur
und will die Zeit verschwenden,
als stünde ihm die Uhr.

Doch blieb die Zeit nicht stehen.
Sie eilt, sie stürmt voraus.
Und frische Lüfte wehen —
doch nicht in diesem Haus.

Sowjetraketen drehen
sich schon um Mond und Mars.
Es blieb die Zeit nur stehen
im Schatten des Altars.